

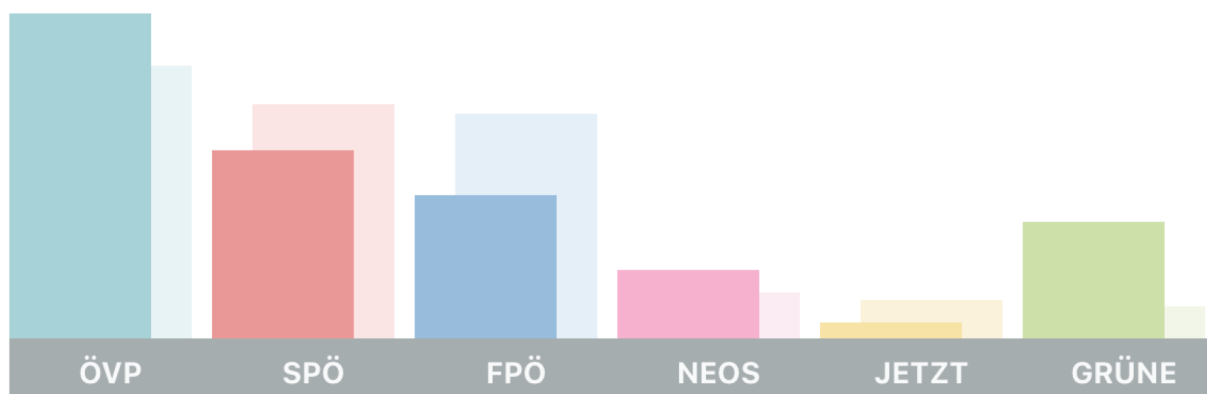
PRESSEUNTERLAGE

UNIV.-PROF. DR. FRITZ PLASSER  
DR. FRANZ SOMMER

# Neuwahl 2019

## DETERMINANTEN UND MOTIVE DER WAHLENTSCHEIDUNG

Wien, am 1. Oktober 2019





Die Nationalratswahl am 29. September war die Konsequenz einer beispiellosen innenpolitischen Kettenreaktion, die mit der Veröffentlichung von Ausschnitten des Ibiza-Videos am 17. Mai ihren Ausgang nahm. Unmittelbare Reaktion war der Rücktritt von Strache als Vizekanzler und Parteiobmann der FPÖ, die Entscheidung von Bundeskanzler Sebastian Kurz die Koalition mit der FPÖ zu beenden und Neuwahlen im Herbst anzustreben, die Entlassung des FPÖ-Innenministers Herbert Kickl, der Rückzug der FPÖ-Ressortverantwortlichen aus der Bundesregierung, die Beauftragung von Kurz eine geschäftsführende Übergangsregierung bis zur Bildung einer aus Wahlen hervorgegangenen neuen Regierung zu führen, ein von SPÖ, FPÖ und der Liste Jetzt im Nationalrat eingebrachter Misstrauensantrag gegen Kurz, der – erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik – zur Entlassung eines amtierenden Bundeskanzlers führte und die Einsetzung einer von Spitzenbeamten getragenen Übergangsregierung unter der Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein, die seit Ende Mai die Regierungsgeschäfte in Österreich führt.

Der vorliegende Forschungsbericht vermittelt erste Einblicke in die Dynamik eines außergewöhnlichen Wahlereignisses, wobei im ersten Abschnitt aus wahlstatistischer Sicht markante Veränderungen der Stimmenanteile und die zentralen Wählerwanderungen und Wählerströme analysiert werden.

Die wahlstatistischen Analysen wurden in kollegialer Kooperation mit der **ARGE Wahlen**, die für die **APA** und **ATV/Puls4** am Wahltag Hochrechnungen und Wählerströme berechnete, erarbeitet.

Die Daten der Vorwahltagsbefragung stützen sich auf eine von **DEMOX RESEARCH** durchgeführte repräsentative CAWI-Onlinebefragung mit einer Stichprobe von N = 1.600 deklarierten Wählern und Wählerinnen zwischen dem 25. und 27. September. Die Verantwortung für die Erstellung des Fragenprogramms und die Aufbereitung und Interpretation der Daten liegt ausschließlich bei den Verfassern des vorliegenden Berichts.

Die starken Wählerbewegungen stehen für eine mobile und volatile Wählerschaft. Bei der Nationalratswahl 2019 wählte deutlich mehr als ein Drittel der Wähler eine andere Partei als bei der Nationalratswahl 2017. Der Wechselwähleranteil liegt somit über dem Wechselwähleranteil bei der Nationalratswahl 2017, bei der sich 34 Prozent für eine andere Partei als bei der Vorwahl entschieden. Tatsächlich war der Anteil mobiler Wähler 2019 vermutlich noch höher, berücksichtigt man die Anzahl mobilisierter Nichtwähler bzw. die Abwanderung ehemaliger Wähler in den Nichtwählerbereich.

Nur mehr jeder dritte Wähler fühlt sich einer bestimmten Partei auch gefühlsmäßig verbunden. Hatten 2017 34 Prozent der Wähler eine affektive Bindung an eine bestimmte Partei, sind es 2019 32 Prozent. Zwei Drittel der Wähler haben kein persönliches Näheverhältnis zu einer bestimmten Partei. Vor dreißig Jahren fühlten sich noch 60 bis 70 Prozent der Wähler gefühlsmäßig mit einer bestimmten Partei verbunden.

Jeder sechste Wähler hat sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl definitiv für eine bestimmte Partei entschieden. Der Anteil der „last minute deciders“ von 16 Prozent liegt nur geringfügig unter dem Anteil der Spätentscheider 2017 von 18 Prozent. Am frühesten auf die Partei ihrer Wahl festgelegt haben sich FPÖ-Wähler, von denen sich bereits 80 Prozent am Beginn des Wahlkampfes sicher waren, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden. Ebenfalls früh festgelegt haben sich ÖVP-Wähler, die sich zu 72 Prozent ihrer definitiven Wahlentscheidung sicher waren. Die höchsten Anteile von Spätentscheidern finden sich unter Wählern der NEOS bzw. der Grünen wie Abwanderern von der SPÖ bzw. der FPÖ, von denen sich rund die Hälfte erst im Verlauf des Wahlkampfes definitiv auf eine bestimmte Partei festlegten.

Jeder zweite Wähler hat während des Wahlkampfes auch an die Wahl einer anderen Partei gedacht. Von den Wählern der Grünen bzw. der NEOS haben mehr als zwei Drittel zumindest temporär auch die Wahl einer anderen Partei überlegt. Der höchste Anteil solcher „schwankender“ Wähler findet sich erwartungsgemäß unter Spätentscheidern. 88 Prozent der Wähler, die sich erst in den letzten Tagen des Wahlkampfes definitiv auf eine bestimmte Partei festlegten, überlegten ursprünglich auch eine andere Liste. 19 Prozent der „schwankenden“ Wähler haben in bestimmten Phasen des Wahlkampfes auch an die Wahl der Grünen, 23 Prozent an die NEOS und 18 Prozent an die Wahl der ÖVP gedacht.

Im Rückblick hat das Zusammenspiel von acht Faktoren den Ausgang dieser spektakulären Wahl maßgeblich beeinflusst. Es waren dies:

1. Das vergleichsweise hohe Ausmaß der *Zufriedenheit* mit der Arbeit der Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Kurz.
2. Sebastian *Kurz* als zentraler Akteur der österreichischen Innenpolitik, dessen Wiederbestellung als Bundeskanzler für die überwiegende Mehrheit der Wähler bereits vor dem Wahltag feststand.
3. Kritik und anhaltendes *Unverständnis* einer Mehrheit der Wähler mit der Abwahl von Sebastian Kurz durch das Misstrauensvotum im Nationalrat.
4. Die im Vergleich zur Nationalratswahl 2017, die überwiegend im Schatten der Flüchtlingskrise stand, *aufgefächerte* Themenlandschaft, in der der *Klimaschutz* zu einem der zentralen Problem- und Themenfelder aufgestiegen war.
5. Das ungebrochene Mobilisierungspotenzial der Themen Asyl und Zuwanderung, die neuerlich die Wählerschaft *polarisierten*, auch wenn sie im öffentlichen Diskurs einen geringeren Stellenwert einnahmen als im Nationalratswahlkampf 2017.
6. Die Folgen des *Ibiza-Videos*, das zu beispiellosen Verwerfungen der österreichischen Innenpolitik führte, dessen direkte Auswirkungen auf das Wahlverhalten zunächst aber vergleichsweise verhalten ausfielen.
7. Ungleich stärkere Effekte in Richtung *Demobilisierung* bzw. Wechselwahl hat die erst wenige Tage vor der Wahl publik gewordene Strache-Spesenaffäre bei potenziellen FPÖ-Wählern gehabt.
8. *Koalitionstaktische* Motive einzelner Wählergruppen, die mit ihrem Votum eine bestimmte Koalition verhindern bzw. eine bestimmte Koalition ermöglichen wollten. Im Vordergrund stand dabei für jeden dritten Wähler die Verhinderung einer neuerlichen schwarz-blauen Koalition. Jeder fünfte Wähler verband mit seiner Stimme auch die Verhinderung einer Koalition von SPÖ, Grünen und NEOS.

Unbeschadet des Scheiterns der Koalitionsregierung und der Abwahl von Bundeskanzler Kurz durch eine Mehrheit des Nationalrats bewerteten die Wähler und Wählerinnen die Arbeit der ÖVP+FPÖ-Koalition mehrheitlich positiv. 58 Prozent waren – retrospektiv – mit der Arbeit der Koalitionsregierung zufrieden. 40 Prozent waren im Rückblick unzufrieden. Zum Vergleich: Am Beginn der Regierungsarbeit der ÖVP+FPÖ-Koalition im Jänner 2018 waren 57 Prozent der Wähler mit der Koalitionsregierung zufrieden, 34 Prozent unzufrieden.

**Tabelle 1: Retrospektive Zufriedenheit mit der Arbeit der ÖVP/FPÖ-Koalition**

Frageversion: „Wie zufrieden bzw. unzufrieden waren Sie – rückblickend betrachtet – mit der Arbeit der ÖVP/FPÖ-Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz?“

In Prozent	zufrieden	unzufrieden
Wähler (insgesamt)	58	40
ÖVP-Wähler	94	4
FPÖ-Wähler	94	6
SPÖ-Wähler	15	84
NEOS-Wähler	37	60
Grüne-Wähler	12	84

ÖVP- und FPÖ-Wähler bewerteten die Regierungsarbeit nahezu geschlossen positiv, während umgekehrt SPÖ-Wähler und Wähler der Grünen mit der Arbeit der Koalitionsregierung mehrheitlich unzufrieden waren. Erkennbar differenzierter war die retrospektive Bewertung der Regierungsarbeit durch Wähler der NEOS, von denen immerhin 37 Prozent mit der Arbeit der ÖVP+FPÖ-Koalition insgesamt eher zufrieden waren.

Von den mit der Arbeit der Koalitionsregierung zufriedenen Wählern entschieden sich 60 Prozent für die ÖVP und 26 Prozent für die FPÖ. Beide Parteien hatten in dieser Wählergruppe ihre mit Abstand höchsten Stimmenanteile. Umgekehrt verteilten sich die Stimmen mit der Regierungsarbeit Unzufriedener überproportional auf SPÖ und Grüne.

**Tabelle 2: Zufriedenheit mit der ÖVP/FPÖ-Koalition und Wahlverhalten**

Frageversion: „Wie zufrieden bzw. unzufrieden waren Sie – rückblickend betrachtet – mit der Arbeit der ÖVP/FPÖ-Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz?“

In Prozent wählten	ÖVP	FPÖ	SPÖ	NEOS	Grüne
Sehr bis eher zufrieden (59%)	60	26	5	5	3
Eher bis sehr unzufrieden (39%)	4	2	46	12	29

Die mehrheitliche Zufriedenheit der Wähler mit der Arbeit der Koalitionsregierung erklärt auch die kritischen Reaktionen auf die Abwahl von Bundeskanzler Kurz und das von SPÖ, FPÖ und Liste Jetzt im Nationalrat eingebrachte Misstrauensvotum. Nach Meinung von 55 Prozent der Wähler und Wählerinnen hätte Sebastian Kurz die Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen weiterführen sollen. Nur 39 Prozent – überwiegend Wähler der SPÖ und der Grünen – bezeichneten die Abwahl von Kurz im Rückblick als richtige Entscheidung. Bei diesen Wählern erhielten SPÖ 41 Prozent und

die Grünen 25 Prozent der Stimmen. Wähler, die die Abwahl von Kurz im Rückblick als falsche Vorgangsweise sahen, entschieden sich hingegen zu 61 Prozent für die ÖVP.

Noch ausgeprägter ist die Kritik der Wähler an der Vorgangsweise der SPÖ. Nur 29 Prozent der Wähler werteten die Abwahl von Kurz als eine kluge Vorgangsweise der SPÖ. Nach Meinung von 59 Prozent hingegen hatte die SPÖ mit der Abwahl von Kurz einen schweren Fehler begangen. Von den Kritikern der SPÖ-Vorgangsweise entschieden sich 56 Prozent für die ÖVP.

### **Tabelle 3: Retrospektive Bewertung des Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Kurz und Wahlverhalten**

Frageversionen: „Ende Mai haben SPÖ, FPÖ und die Liste Jetzt im Nationalrat durch ein Misstrauensvotum abgewählt. Wie sehen Sie die Abwahl von Sebastian Kurz im Rückblick? War es richtig Sebastian Kurz als Bundeskanzler abzuwählen oder hätte Sebastian Kurz die Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen im Herbst weiterführen sollen?“

Was meinen Sie: War es von der SPÖ mit Blick auf die öffentliche Stimmungslage eine kluge Vorgangsweise, Sebastian Kurz als Bundeskanzler zu stürzen oder hat die SPÖ mit der Abwahl von Sebastian Kurz einen Fehler begangen?“

In Prozent wählten	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
<u>Bewertung des Misstrauensantrags:</u>					
Die Abwahl von Sebastian Kurz war richtig (39%)	5	41	16	8	25
Kurz hätte die Übergangsregierung weiterführen sollen (55%)	61	8	16	8	6
<u>Bewertung der Vorgangsweise der SPÖ:</u>					
Die Abwahl von Kurz war eine kluge Vorgangsweise der SPÖ (29%)	5	47	11	8	24
Die SPÖ hat mit der Abwahl von Kurz einen Fehler begangen (60%)	56	10	17	8	7

An der Spitze der Themen, die den Wählern persönlich große Sorgen bereiteten, standen die Folgen des Klimawandels, die in den letzten Monaten die öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion dominierten. Aber bereits an zweiter Stelle folgten wahrgenommene Probleme mit Flüchtlingen und Asylanten, die von Teilen der Wählerschaft sogar noch belastender als die Folgen des Klimawandels empfunden wurden. Besondere Sorgen bereitete den Wählern und Wählerinnen weiters die Finanzierung der Pflege im Alter, die als zu niedrig empfundenen Einkommen und Pensionen, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung wie die hohen Miet- und Wohnungspreise. Jeder fünfte Wähler zeigte sich auch über die Verbreitung eines radikalen Islam persönlich besorgt. Über den Ibiza-Video-Skandal machten sich hingegen nur acht Prozent der Wähler und Wählerinnen persönlich ernste Sorgen. Offensichtlich war einer der größten und folgenreichsten Skandale der Zweiten Republik gegenüber den unmittelbar den Alltag betreffende Sorgen und Probleme in den Hintergrund getreten.

**Tabelle 4: Welche Themen und Probleme die Wähler am meisten beschäftigt und Wahlverhalten**

Frageversion: „Welche der folgenden Themen beschäftigt Sie zurzeit am meisten? Über welche dieser Themen machen Sie sich am meisten Sorgen? (Maximal 3 Nennungen)

Wähler, die sich über diese Probleme Sorgen machen, wählten	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
Die Folgen des Klimawandels (40%)	29	27	3	10	28
Die Probleme mit Flüchtlingen/Asylanten (31%)	46	9	37	4	4
Die Finanzierung der Pflege im Alter (29%)	43	26	7	7	13
Die zu niedrigen Einkommen/Pensionen (27%)	35	28	14	6	13
Die hohe Steuer- und Abgabenbelastung (26%)	43	20	15	10	10
Die hohen Miet- und Wohnungspreise (23%)	28	31	10	9	19
Die Probleme in unseren Schulen und Klassen (20%)	39	13	15	15	16
Die Verbreitung eines radikalen Islam (19%)	<b>44</b>	12	<b>36</b>	4	1
Die Probleme mit der ärztlichen Versorgung (18%)	35	33	10	7	13
Die steigende Kriminalität und Terrorgefahr (17%)	43	13	39	4	1
Die steigenden Preise und sinkende Kaufkraft (17%)	39	25	14	7	11
Der Ibiza-Video-Skandal (8%)	27	34	1	11	23

Tatsächlich verweisen die vorliegenden Daten auf einen nur verhaltenen direkten Einfluss des Ibiza-Skandals auf die Wahlentscheidung. Im Vergleich zu anderen im Wahlkampf intensiv diskutierten Themen zählten nur 8 Prozent den Ibiza-Video-Skandal zu jenen Themen, die ihnen persönlich am meisten Sorgen bereiteten bzw. sie im Vorfeld der Wahl besonders beschäftigten. Auch im Segment der Wechselwähler war der Ibiza-Skandal nur für 11 Prozent ein Thema, das sie persönlich besonders beschäftigte. Ebenso nannten nur 6 Prozent der Abwanderer von der FPÖ den Ibiza-Skandal als sie unmittelbar bewegendes Thema.



Konsequenzen des Ibiza-Skandals spielten für 22 Prozent der Wähler eine ganz besonders wichtige Rolle für ihre persönliche Wahlentscheidung. Die höchste Relevanz hatte dieses Thema bei SPÖ-Wählern (39 Prozent) und Grün-Wählern (36 Prozent), die sich durch den Ibiza-Skandal in ihrer Ablehnung der FPÖ als regierungsfähige Partei bestärkt sahen. Nur jeder sechste Abwanderer von der FPÖ begründete seine Abwanderungsentscheidung mit Verweis auf den Ibiza-Skandal. Erst die in den letzten Tagen vor dem Wahltag publik gewordene Strache-Spesenaffäre hat zu einer großflächigen Demobilisierung des FPÖ-Wählerpotenzials geführt und Abwanderungen in Richtung ÖVP bzw. in den Nichtwählerbereich ausgelöst, die die – zunächst verhaltene – Verlustdynamik schlagartig verschärfte.

Probleme der alltäglichen Lebenswelt und die Glaubwürdigkeit der Parteien, sich dieser Probleme engagiert anzunehmen, haben neben Persönlichkeitsfaktoren und emotionalen Stimmungslagen einen starken Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung. Vier der von den Wählern als relevant angesprochenen Sorgenthemen erhöhten die Wahrscheinlichkeit für eine Wahl der ÖVP: die Probleme mit Flüchtlingen und Asylanten, die Finanzierung der Pflege im Alter, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung wie die Sorge über die Verbreitung eines radikalen Islam. Wähler, die sich um diese Themen persönlich besorgt zeigten, entschieden sich überproportional für die ÖVP, die in diesen Segmenten auf Stimmenanteile von über 40 Prozent kam.

Die Wahl der SPÖ wurde durch Sorgen der Wähler um die ärztliche Versorgung in den Spitälern und Ambulanzen, Besorgnis über die hohen Miet- und Wohnungspreise und als zu niedrig empfundene Einkommen und Pensionen begünstigt. Wähler, die diese Sorgen teilten, gaben überdurchschnittlich der SPÖ ihre Stimme. Ihren höchsten Stimmenanteil erreichte die SPÖ unter jenen acht Prozent der Wähler, die sich über den Ibiza-Video-Skandal persönlich Sorgen machten.

Bei der FPÖ wiederum sorgten drei thematisch eng verbundene Sorgenbereiche für eine starke Wählermobilisierung: die Probleme mit Flüchtlingen und Asylanten, die Verbreitung eines radikalen Islam und die steigende Kriminalität und Terrorgefahr. Bei Wählern, die sich über diese Themen persönlich Sorgen machten, erzielte die FPÖ Stimmenanteile von über 40 Prozent.

NEOS erzielten ihre höchsten Stimmenanteile unter Wählern, die sich über die Probleme in den Schulen und Klassen Sorgen machten. Das entscheidende Mobilisierungsthema der Grünen war hingegen erwartungsgemäß der Klimaschutz. Jeder vierte der sich über die Folgen des Klimawandels Sorgen machte, wählte die Grünen. Überdurchschnittlich schnitten die Grünen auch bei Wählern ab, die sich über die hohen Miet- und Wohnungspreise besorgt zeigten. Vorrangiges Mobilisierungsthema war aber ihr Engagement in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes.

Die Einstellungen zu Migrations- und Asylfragen polarisierten neuerlich die Wählerschaft. 43 Prozent der Wähler hatten den Eindruck, dass Österreich die Folgen der Flüchtlingskrise mittlerweile unter Kontrolle habe. In der Wahrnehmung von 52 Prozent sorgen die Folgen der Flüchtlingskrise weiterhin für ernste Probleme. Sehen

Wähler der SPÖ, der NEOS bzw. der Grünen eine deutliche Entspannung der Situation, sorgen die Folgen der Flüchtlingskrise für die Mehrheit der ÖVP- und FPÖ-Wähler weiterhin für ernste Probleme.

Nur 27 Prozent der Wähler halten die Gefahr eines neuerlichen unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen für gebannt. Nach Meinung von 68 Prozent der Wähler könnte es jederzeit wieder zu einem problematischen Anstieg der Flüchtlingszahlen kommen. Unter ÖVP- bzw. FPÖ-Wählern schließen 80 bis 90 Prozent die Möglichkeit einer neuerlichen Zuspitzung der Flüchtlingssituation keineswegs aus.

Nur 30 Prozent der Wähler sehen noch Kapazitäten weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Für 62 Prozent sind die Aufnahmemöglichkeiten mittlerweile erschöpft. 95 Prozent der FPÖ-Wähler aber auch 76 Prozent der ÖVP-Wähler sehen keine Möglichkeiten weitere Flüchtlinge und Asylsuchende in Österreich aufzunehmen.

### **Tabelle 5: Polarisierte Einstellungen der Parteiwählerschaften zu Migrations- und Asylfragen**

Frageversionen: „Hat Österreich die Folgen der Flüchtlingskrise mittlerweile unter Kontrolle oder sorgen die Folgen der Flüchtlingskrise weiterhin für ernste Probleme?“

Ist die Gefahr eines unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen nach Österreich mittlerweile gebannt oder könnte es jederzeit wieder zu einem problematischen Anstieg der Flüchtlingsströme nach Österreich kommen?

Können wir noch mehr Flüchtlinge und Asylanten aufnehmen als wir bisher schon aufgenommen haben oder sind unsere Möglichkeiten, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, bereits erschöpft?“

In Prozent wählten	Insgesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
<u>Flüchtlingskrise</u>						
Österreich hat Folgen der Flüchtlingskrise unter Kontrolle	42	32	60	11	62	78
Folgen der Flüchtlingskrise sorgen weiterhin für ernste Probleme	53	63	36	86	34	16
<u>Zustrom von Flüchtlingen</u>						
Gefahr eines unkontrollierten Zustroms gebannt	26	18	39	6	43	50
Könnte jederzeit wieder zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen kommen	68	79	53	91	50	37
<u>Aufnahmebereitschaft</u>						
Können weitere Flüchtlinge aufnehmen	29	17	44	4	48	63
Möglichkeiten sind bereits erschöpft	63	76	46	94	44	22

Für 33 Prozent der Wähler bzw. 71 Prozent der ÖVP-Wähler vertritt Sebastian Kurz in Flüchtlings- und Asylfragen die vernünftigste Position. 22 Prozent der Wähler bzw. 84 Prozent der FPÖ-Wähler haben den Eindruck, dass Norbert Hofer in Flüchtlings- und Asylfragen die vernünftigsten Positionen vertrete. Pamela Rendi-Wagner bzw. Werner Kogler werden nur von 9 bzw. 7 Prozent in diesem Zusammenhang genannt.

Unverkennbar korrelieren Themen, die den Wählern persönliche Sorgen bereiten mit der Wahl von Parteien, denen in diesen Themen Engagement und Lösungskompetenz zugebilligt wird. Dabei können die betreffenden Themen die persönliche Wahlentscheidung besonders stark oder nur verhalten beeinflussen. An der Spitze der aus Sicht der Wähler für die Wahlentscheidung besonders relevanten Themen stand die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, die Sicherung ausreichender Pensionen und der (vermutete) Missbrauch von Sozialleistungen. Für die Hälfte der Wähler spielte zumindest eines dieser Themen eine vorrangige Rolle bei der persönlichen Wahlentscheidung.

Zu Themen, die für die Wahl der ÖVP eine ganz besonders wichtige Rolle spielten, zählten: der (angebliche) Missbrauch von Sozialleistungen, die Gefahr eines neuerlichen Ansturms von Flüchtlingen, die Verbreitung eines radikalen Islam, die rasche Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen wie die zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung. In diesen Themen- und Kompetenzfeldern erzielte die ÖVP Stimmenanteile von über 40 Prozent der betreffenden Wählergruppen.

Themen, bei denen sich die SPÖ stärker profilieren konnte, waren: die hohen Miet- und Wohnungspreise, die Engpässe in den Spitälern und Ambulanzen und die Sicherung ausreichender Pensionen. Diese Themenfelder repräsentieren die Kernkompetenzen der SPÖ und standen konsequenterweise auch im Vordergrund ihrer Kampagne. Dieser stehen aber Kompetenzschwächen in vermutlich noch stärker mobilisierenden Themenbereichen wie etwa Migrations- und Asylfragen gegenüber, die für zahlreiche Wähler ein gleichermaßen relevantes Mobilisierungsargument darstellten.

Die FPÖ stützte ihre Wählermobilisierung auf vier Themenbereiche, die ihr bei Wählergruppen, die diese Themen als besonders relevant ansehen, zu überdurchschnittlichen Stimmenanteilen verhalfen. Es waren dies das Thema rasche Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen, die Gefahr eines neuerlichen Ansturms von Flüchtlingen, die Sorge um eine Verbreitung eines radikalen Islam wie der (vermutete) Missbrauch von Sozialleistungen. Nur die ÖVP hat bei diesen thematischen Wählergruppen noch höhere Stimmenanteile als die FPÖ.

### **Tabelle 6: Aus Sicht der Wähler ganz besonders relevante Themen und Wahlentscheidung**

Frageversion: „Geben Sie bitte zu jedem der folgenden Themen an, ob es für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei dieser Nationalratswahl eine ganz besonders wichtige Rolle, eine wichtige Rolle oder nicht ganz so wichtige Rolle spielte?“

Diejenigen, für die das Thema eine ganz besonders wichtige Rolle spielte, wählten	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
Die Folgen des Klimawandels (50%)	32	26	8	8	21
Die Sicherung ausreichender Pensionen (49%)	36	26	20	6	8
Der Missbrauch von Sozialleistungen (48%)	44	17	26	5	5
Die Engpässe in Spitälern und Ambulanzen (45%)	36	28	18	7	8
Die Verbreitung eines radikalen Islam (43%)	42	17	30	4	4
Die hohe Steuer- und Abgabenbelastung (41%)	39	22	22	7	6
Die rasche Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen (40%)	41	14	37	4	2
Die Gefahr eines neuerlichen Ansturms von Flüchtlingen (37%)	44	12	36	3	3
Die hohen Miet- und Wohnungspreise (35%)	27	32	17	7	13
Die Folgen und Konsequenzen des Ibiza-Skandals (23%)	25	40	5	8	19

Neben Themen und Emotionen prägten im personalisierten und auf die Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen fokussierten Wahlkampf Kandidaten-Images die Wahlentscheidung. Für 20 Prozent der Wähler und Wählerinnen waren die Persönlichkeit der Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen persönlich das wichtigste Kriterium ihrer Wahlentscheidung. 75 Prozent dieser Persönlichkeitswähler gaben der ÖVP ihre Stimme. Die SPÖ erhielt nur 9 Prozent der Stimmen der Persönlichkeitswähler, weitere 6 Prozent entschieden sich für die FPÖ. Die Daten sprechen für die ungebrochene wahlpolitische Attraktivität des ehemaligen Bundeskanzlers.

Für die Mehrheit der Wähler waren die Positionen der Parteien bei Themen und Sachfragen der wichtigste Orientierungspunkt bei ihrer Wahlentscheidung. Die Stimmen dieser Themen- und Issue-Wähler verteilten sich gleichmäßig auf ÖVP, SPÖ und FPÖ. Nur die Grünen konnten unter vorrangig themenorientierten Wählern überdurchschnittlich reüssieren.

Für 18 Prozent der Wähler standen auch koalitionstaktische Erwägungen im Vordergrund ihrer Wahlentscheidung. 31 Prozent der Koalitionswähler votierten für die SPÖ, wobei es ihnen primär um die Verhinderung einer neuerlichen schwarz-blauen Koalition ging. Jeder vierte Koalitionswähler wiederum entschied sich für die FPÖ, wobei

bei ihnen sowohl das Motiv der Verhinderung einer Koalition unter Einschluss der SPÖ bzw. der Grünen im Vordergrund stand wie das Motiv einer Fortsetzung der Koalitionsregierung mit der ÖVP.

### **Tabelle 7: Kriterien der Wahlentscheidung**

Frageversion: „Welcher der folgenden Punkte war für Ihre Wahlentscheidung am 29. September persönlich am wichtigsten?“

In Prozent wählten	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
Die Spitzenkandidaten/Spitzenkandidatinnen der Parteien (20%)	75	9	6	3	6
Die Positionen der Parteien bei Themen und Sachfragen (58%)	30	23	17	9	18
Welche Koalition nach der Wahl regieren wird (18%)	23	31	23	9	11

Inwieweit die Persönlichkeit von Kandidaten und Kandidatinnen, Themen, das generelle Erscheinungsbild der Parteien wie koalitionstaktische Überlegungen das Wahlverhalten schlussendlich geprägt haben, können direkte Fragen nach den entscheidenden Motiven der persönlichen Wahlentscheidung deutlich machen. Die Antwortmöglichkeiten waren für jede Partei vorgegeben und wurden zweistufig entwickelt: in einer bundesweiten Repräsentativumfrage in der dritten Septemberwoche wurden die Motivfragen zunächst offen, ohne Antwortvorgaben gestellt. Die Verbatims der Befragten wurden anschließend in einem aufwändigen Verfahren codiert und gruppiert. Das Kodierschema war die Basis der in der Wahlstudie vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, die sich soweit möglich, an die offen formulierten Antworten deklarerter Wähler der September-Umfrage anlehnten.

### **Tabelle 8: Motive für die Wahl der ÖVP**

Frageversion: „Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund am 29. September die ÖVP zu wählen?“ (Mehrfachnennungen)

In Prozent	ÖVP-Wähler
War mit ÖVP-Regierungspolitik zufrieden	49
Wegen Sebastian Kurz	44
ÖVP macht vernünftige Ausländer- und Asylpolitik	33
Gute Wirtschaftspolitik, keine neuen Steuern und Schulden	30
ÖVP ist sachlich und streitet nicht	30
Für Reform, Veränderung, frischer Wind	28
Klare Linie der ÖVP	25
Programm und Themen der ÖVP	23

ÖVP ist glaubwürdig, ehrlich	22
ÖVP als „kleineres Übel“	14
Bin Stammwähler, Parteimitglied	9
ÖVP hat gute Vorschläge zum Klimaschutz	8

Für ÖVP-Wähler standen zwei Motive bei ihrer Wahlentscheidung im Vordergrund: die Zufriedenheit mit der Arbeit der von Bundeskanzler Kurz geführten Koalitionsregierung wie die Persönlichkeit und politische Linie von Sebastian Kurz, wobei beide Motive untrennbar miteinander verbunden sind. Drittes, die Themenkompetenz ansprechendes Motiv waren die aus Sicht der ÖVP-Wähler vernünftigen Positionen von Kurz und der ÖVP in der Ausländer- und Asylpolitik. Ebenfalls auf thematische Kompetenzzuschreibungen begründet, waren Verweise auf die wirtschaftspolitische Linie der ÖVP, die im Kern darauf angelegt ist, keine neuen Steuern und weitere Staatsschulden anzustreben.

### **Tabelle 9: Motive für die Wahl der SPÖ**

Frageversion: „Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund am 29. September die SPÖ zu wählen? (Mehrfachnennungen)“

In Prozent	SPÖ-Wähler insgesamt
Gute Sozialpolitik, SPÖ ist sozial und menschlich	48
Gegen Kurz und neuerliche schwarz-blaue Koalition	48
SPÖ setzt sich für Pensionisten, Pflege und leistbares Wohnen ein	36
SPÖ ist für „kleine Leute“, Arbeiterpartei	26
SPÖ will Reiche stärker besteuern	24
SPÖ ist glaubwürdig und ehrlich	21
Programm und Themen der SPÖ	20
Bin Stammwähler, Parteimitglied	21
SPÖ als „kleineres Übel“	15
Wegen Pamela Rendi-Wagner	13
SPÖ hat gute Vorschläge zum Klimaschutz	9
Bin mit Oppositionsarbeit der SPÖ zufrieden	5

Die Motive der SPÖ-Wähler sprachen vorrangig zwei unterschiedliche Motivbündel an: zum einen Verweise auf die traditionelle sozialdemokratische Kernkompetenz für eine soziale, solidarische und menschliche Sozialpolitik zu stehen, die für jeden zweiten SPÖ-Wähler der entscheidende Grund war, die SPÖ zu wählen. Zum anderen wollte jeder zweite SPÖ-Wähler ein Signal gegen Kurz und eine neuerliche schwarz-blaue Koalition

setzen. Relevante Gründe für die Wahl der SPÖ waren weiters ihr Einsatz für Pensionisten, Pflege und leistbares Wohnen wie das traditionelle Image der SPÖ als Partei der „kleinen Leute“. Die Spitzenkandidatin der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner, wurde nur von 13 Prozent der SPÖ-Wähler als ausschlaggebender Grund für die Wahl der SPÖ genannt.

### **Tabelle 10: Motive für die Wahl der FPÖ**

Frageversion: „Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund am 29. September die FPÖ zu wählen? (Mehrfachnennungen)“

In Prozent	FPÖ-Wähler insgesamt
War mit Regierungsarbeit der FPÖ zufrieden	61
Gute (strenge) Ausländer- und Asylpolitik	58
Wegen Norbert Hofer	39
Für Fortsetzung der Koalition mit der ÖVP	36
Programm und Themen der FPÖ	33
Um eine schwarz-grüne Koalition zu verhindern	30
Wegen Herbert Kickl	30
FPÖ hat klare Linie	29
FPÖ ist glaubwürdig, ehrlich	20
Weil FPÖ beim Ibiza-Video hereingelegt wurde	20
FPÖ ist bürgernahe Partei	25
FPÖ kämpft gegen Rauchverbot	9
FPÖ als „kleineres Übel“	9

Bei FPÖ-Wählern standen vor allem zwei Motive im Vorderrund der Wahlentscheidung: ihre Zufriedenheit mit der Arbeit der FPÖ in der Koalitionsregierung und die stringente Linie der FPÖ in der Ausländer- und Asylpolitik. Die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten der FPÖ, Norbert Hofer, wurde von 39 Prozent der FPÖ-Wähler als ausschlaggebender Grund ihrer Wahlentscheidung genannt. Ebenso viele FPÖ-Wähler nannten als Beweggrund die von der FPÖ angestrebte Fortsetzung der Regierungskoalition mit der ÖVP. Jeder dritte FPÖ-Wähler wollte mit seiner Stimme auch eine mögliche schwarz-grüne Koalition verhindern. Persönlichkeit und politischer Kurs von Herbert Kickl waren für 30 Prozent der FPÖ-Wähler ebenfalls ein Motiv, ihre Stimme der FPÖ zu geben. Für jeden fünften FPÖ-Wähler war eine konspirative Deutung der Produktion des Ibiza-Videos ein bestärkendes Motiv die FPÖ zu wählen.

**Tabelle 11: Motive für die Wahl der NEOS**

Frageversion: „Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund am 29. September die NEOS zu wählen? (Mehrfachnennungen)“

In Prozent	NEOS-Wähler insgesamt
NEOS agieren sachlich und vernünftig	44
NEOS sind glaubwürdig, ehrlich, transparent	39
Programm und Themen der NEOS	34
Bringen frischen Wind, neue Ideen	34
NEOS sind Pro-Europa und weltoffen	32
NEOS sollen in Regierung kommen	30
Gegen schwarz-blau und Rechtsruck	27
Wegen Beate Meinl-Reisinger	21
NEOS haben klare Linie	20
Bin mit Oppositionsarbeit der NEOS zufrieden	20
Richtige Antworten in der Wirtschaftspolitik	18
Realistische Klima- und Umweltpolitik	16

Für die Wahl der NEOS sprachen aus Sicht ihrer Wähler und Wählerinnen das Erscheinungsbild der NEOS als sachliche, vernünftige, transparente Partei. Programm und Themen der NEOS wie Erwartung von frischem Wind und neuen Ideen waren weitere zentrale Wahlmotive der NEOS-Wähler. Jeder Vierte NEOS-Wähler wollte mit seiner Wahlentscheidung ein Zeichen gegen schwarz-blau und einen Rechtsruck setzen. Für jeden fünften NEOS-Wähler war die Persönlichkeit der Spitzenkandidatin Beate Meinl-Reisinger ein Grund, die NEOS zu wählen.

**Tabelle 12: Motive für die Wahl der Grünen**

Frageversion: „Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund am 29. September die Grünen zu wählen? (Mehrfachnennungen)“

In Prozent	Grün-Wähler insgesamt
Richtige Klima- und Umweltpolitik	68
Grüne sollen wieder in den Nationalrat einziehen	54
Gegen schwarz-blau und Rechtsruck	45
Programm und Themen der Grünen	40
Grüne sind glaubwürdig, ehrlich, transparent	30



Für Regierungsbeteiligung der Grünen	28
Grüne treten für Menschenrechte ein	27
Wegen Werner Kogler	25
Gute Sozialpolitik	25
Liberale Ausländer- und Asylpolitik	15
Bringen frischen Wind, neue Ideen	13
Grüne als "kleineres Übel"	11

Drei zentrale Motive bewegten Grün-Wähler: für mehr als zwei Drittel waren dies Engagement und Positionen der Grünen in der Klima- und Umweltpolitik, mit der Stimme dafür zu sorgen, dass die Grünen wieder in den Nationalrat einziehen und ein Signal gegen schwarz-blau und den Rechtsruck zu setzen. Relevante Wahlmotive waren weiters Verweise auf Programm und Themen der Grünen, ihr öffentliches Erscheinungsbild wie auf die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Werner Kogler, der von jedem vierten Grün-Wähler als Beweggrund für die Wahl der Grünen genannt wurde.

Wie 2017 spielten auch bei der Nationalratswahl 2019 koalitionstaktische Überlegungen eine erkennbare Rolle bei den Wahlentscheidungen. Jeder dritte Wähler wollte mit seiner Stimme einen Beitrag zur Verhinderung einer neuerlichen schwarz-blauen Koalition leisten. Drei Viertel der SPÖ-Wähler, zwei Drittel der Grün-Wähler und jeder zweite NEOS-Wähler votierte gegen eine Neuauflage der ÖVP+FPÖ-Koalition. Die Verhinderung einer Drei-Parteien-Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS beschäftigte jeden fünften Wähler, am stärksten FPÖ-Wähler und etwas weniger einen Teil der ÖVP-Wähler. Nur für jeden vierten Wähler waren koalitionstaktische Überlegungen kein entscheidungsrelevantes Thema.

### **Tabelle 13: Koalitionstaktische Wahlmotive**

Frageversion: „Welcher der folgenden Punkte war für Ihre Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl am 29. September wichtig?“

In Prozent	W ä h l e r insgesamt	Ö V P - Wähler	S P Ö - Wähler	F P Ö - Wähler	NEOS - Wähler	Gr ü n - Wähler
Zu verhindern, dass eine SPÖ/ ÖVP-Koalition kommt	8	12	2	14	8	1
Zu verhindern, dass eine ÖVP/ FPÖ-Koalition kommt	34	8	77	1	51	67
Zu verhindern, dass eine SPÖ/ FPÖ-Koalition kommt	5	10	3	1	4	3
Zu verhindern, dass eine Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS kommt	19	30	1	40	3	1

Zu verhindern, dass eine Koalition aus ÖVP, Grünen und NEOS kommt	3	1	2	11	0	0
Keiner dieser Punkte war für mich wichtig	28	36	12	26	30	26

Noch stärker als bei vorangegangenen Wahlen stand 2019 die Frage nach zukünftigen Koalitionen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Für die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler war die Kanzlerfrage aufgrund der publizierten Umfragewerte bereit am Beginn des Wahlkampfes de facto entschieden. Offen blieb hingegen die Frage, wie die zukünftige Koalitionsregierung unter dem voraussichtlichen Bundeskanzler Sebastian Kurz zusammengestellt sein wird. Obwohl von den Parteien in unterschiedlicher Stärke schwache bis starke Koalitionssignale ausgesandt werden, die wiederum Koalitionsspekulationen anheizten, blieb offen, welche Koalition in Zukunft das Land regieren wird.

Die koalitionspolitische Offenheit widerspiegelt sich auch in den Koalitionspräferenzen der Wählerinnen und Wähler, die vor dem Wahltag erhoben wurden und auch Koalitionsvarianten ansprechen, die aufgrund der tatsächlichen Mandatsverteilung mittlerweile unrealistisch sind. Koalitionspräferenzen sollten dabei nicht als Handlungsauftrag interpretiert werden, die den koalitionsfähigen Spielraum der Verhandlungseliten a priori einschränken. Koalitionspräferenzen drücken vielmehr Vorlieben der Befragten aus, die sich im Zuge der Dynamik der Koalitionsverhandlungen verändern können.

#### **Tabelle 14: Koalitionspräferenzen der Wähler vor dem Wahltag**

Fragestellung: „Welche der folgenden Koalitionen wäre Ihnen für die nächste Bundesregierung am liebsten?“

In Prozent präferieren eine Koalition aus	W ä h l e r insgesamt	Ö V P - Wähler	S P Ö - Wähler	F P Ö - Wähler	N E O S - Wähler	G r ü n - Wähler
ÖVP+SPÖ	9	5	30	0	2	0
ÖVP+FPÖ	27	34	1	85	2	0
SPÖ+FPÖ	3	1	6	8	1	0
SPÖ+Grüne+NEOS	24	1	54	0	27	62
ÖVP+Grüne	3	6	0	0	1	7
ÖVP+NEOS	11	23	0	0	29	0
ÖVP+Grüne+NEOS	14	20	0	0	34	21

Nur 6 Prozent der ÖVP-Wähler präferierten vor dem Wahltag eine Koalition der ÖVP mit den Grünen. 34 Prozent präferierten eine Fortsetzung der Koalition mit der FPÖ. 23 Prozent hätten eine Regierungszusammenarbeit mit den NEOS, 20 Prozent eine Drei-Parteien-Koalition aus ÖVP, Grünen und NEOS präferiert.

Eindeutiger waren die Koalitionspräferenzen der Grün-Wähler: 62 Prozent der Wähler der Grünen hätten vor dem Wahltag am liebsten eine Drei-Parteien-Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS gesehen. Nur 21 Prozent präferierten eine Dreier-Koalition aus ÖVP, Grünen und NEOS. Eine Koalition mit der ÖVP präferierten nur 7 Prozent der Grün-Wähler.

Anders als vor der Nationalratswahl 2017 weisen die Koalitionspräferenzen der Wähler diesmal nicht in eine bestimmte Richtung. Diese wird sich vermutlich erst nach intensiven Sondierungen und Verhandlungsrunden in Konturen abzeichnen.

# Ergebnisse, Trendmuster, Wählerwanderungen

Tabelle 1: Europawahlen 2019 – Nationalratswahlen 2019

Kandidierende Parteien	Wähleranteile EPW Mai 2019 in Prozent	Wähleranteile NRW Sept. 2019 in Prozent	Abweichung +- Prozent
ÖVP	34,6	37,5	<b>+ 2,9</b>
SPÖ	23,9	21,2	<b>- 2,7</b>
FPÖ	17,2	16,2	<b>- 1,0</b>
GRÜNE	14,1	13,8	<b>- 0,3</b>
NEOS	8,4	8,1	<b>- 0,3</b>
Jetzt	1,0	1,9	<b>+ 0,9</b>
Sonstige	0,8	1,3	<b>+ 0,5</b>

Tabelle 2: Nationalratswahlen 29. September 2019:  
Urnenwahl und Briefwahl im Vergleich

Kandidierende Parteien	NRW 2019 Urnenwahl in Prozent	NRW 2019 Briefwahl in Prozent	Abweichung +- Prozent
ÖVP	38,4	34,1	<b>- 4,3</b>
SPÖ	21,6	19,9	<b>- 1,7</b>
FPÖ	17,2	11,9	<b>- 5,3</b>
GRÜNE	12,3	19,8	<b>+ 7,5</b>
NEOS	7,4	11,0	<b>+ 3,6</b>
Jetzt	1,9	1,8	<b>- 0,1</b>
Sonstige	1,2	1,5	<b>+ 0,3</b>

**Tabelle 3: Nationalratswahlen 1945 – 2019:  
Stimmenvorsprung der stimmenstärksten Partei gegenüber der zweitstärksten  
Partei in Prozent der gültigen Stimmen**

Wahljahr	ÖVP in Prozent	SPÖ in Prozent	Abstand in Prozent
Nationalratswahlen 2019	37,5	21,2	<b>VP + 16,3</b>
Nationalratswahlen 1990	32,1	42,8	<b>SP + 10,7</b>
Nationalratswahlen 1995	28,3	38,1	<b>SP + 9,8</b>
Nationalratswahlen 1979	41,9	51,0	<b>SP + 9,1</b>
Nationalratswahlen 1975	42,9	50,4	<b>SP + 7,5</b>
Nationalratswahlen 1994	27,7	34,9	<b>SP + 7,2</b>
Nationalratswahlen 1971	43,1	50,0	<b>SP + 6,9</b>
Nationalratswahlen 1999	26,9	33,1	<b>SP + 6,2</b>
Nationalratswahlen 2002	42,3	36,5	<b>VP + 5,8</b>
Nationalratswahlen 1966	48,3	42,6	<b>VP + 5,7</b>

**Tabelle 4: Wahlstatistische Querschnittanalyse: Gewinne/Verluste der Parteien  
nach der GEMEINDEGRÖSSE**

Gemeindegroße	EPW 2019 - NRW 2017 in Prozent	NRW 2019 - NRW 2017 in Prozent
Landgemeinden	VP +6,1 %	VP +8,5 %
Klein- und Mittelstädte	VP +4,2 %	VP +7,1 %
Wien und Landeshauptstädte	VP + 0,9 %	VP + 3,7 %
Landgemeinden	SP – 2,3 %	SP – 4,2 %
Klein- und Mittelstädte	SP – 3,0 %	SP – 4,9 %
Wien und Landeshauptstädte	SP – 5,0 %	SP – 7,0 %
Landgemeinden	Grüne + 6,9 %	Grüne +6,4 %
Klein- und Mittelstädte	Grüne + 9,3 %	Grüne +8,8 %
Wien und Landeshauptstädte	Grüne +14,7 %	Grüne +14,0 %

**Tabelle 5: WÄHLERWANDERUNGEN Nationalratswahlen 2019 –  
Nationalratswahlen 2017:  
Gewinne/Verluste der Parteien in absoluten Stimmen**

Wählerströme NRW 2019 – NRW 2017	Wählerwanderungen in absoluten Stimmen (saldiert)
ÖVP gewinnt von der FPÖ	310.000
Grüne gewinnen von der SPÖ	192.000
FPÖ verliert an die Nichtwähler	117.000
GRÜNE gewinnen von der Liste Pilz	108.000
SPÖ verliert an die Nichtwähler	96.000
ÖVP verliert an die Grünen	74.000
SPÖ gewinnt von der FPÖ	72.000
ÖVP verliert an die Nichtwähler	55.000
NEOS gewinnen von der ÖVP	52.000
GRÜNE gewinnen von den NEOS	46.000
NEOS gewinnen von der SPÖ	45.000
ÖVP gewinnt von der SPÖ	39.000

Quelle: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung